

5.6.1992	Der Bundestag beschließt mit den Stimmen der Regierungsfractionen und fast aller SPD-Abgeordneten das sogenannte Asylbeschleunigungsgesetz , das am 1. Juli in Kraft tritt.
24.8.1992	In Rostock kommt es zu den bisher schwersten Gewalttaten gegen Ausländer in Deutschland. Rechtsextreme Jugendliche zünden unter dem Beifall erwachsener Sympathisanten und ungehindert von der Polizei einen Wohnblock an, in dem vor allem Vietnamesen leben.
26.9.1992	Bei einem Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen bei Oranienburg wird ein Museumsgebäude zerstört.
15.10.1992	Nach einer Einigung der Regierungsparteien spricht sich der Bundestag mit den Stimmen der Koalition aus CDU/CSU und FDP für eine Änderung des Asylartikels im Grundgesetz aus. Die SPD bleibt der Abstimmung fern, Bündnis 90 und PDS lehnen die Grundgesetzänderung ab.
8.11.1992	Unter dem Motto "Die Würde des Menschen ist unantastbar" demonstrieren rund 350.000 Menschen in Berlin gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Einige hundert Gegendemonstranten stören die von Bundespräsident Richard von Weizsäcker gehaltene Rede bei der Abschlusskundgebung.
14.11.1992	Mehr als 100.000 Menschen demonstrieren in Bonn unter dem Motto "Grundrechte verteidigen, Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen" gegen den wachsenden Fremdenhass.
17.11.1992	Auf ihrem Sonderparteitag in Bonn verabschieden die SPD-Delegierten Grundsatzbeschlüsse zur Änderung des Asylrechts und zur Beteiligung von deutschen Soldaten an UNO-Einsätzen.
23.11.1992	In der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln kommen drei Türkinnen bei einem Brandanschlag rechtsextremer Gewalttäter ums Leben, sieben Personen werden verletzt.
27.11.1992	Als Reaktion auf den Brandanschlag in Mölln verbietet Bundesinnenminister Rudolf Seiters die rechtsextremistische Organisation "Nationalistische Front". Bei der Durchsuchung von Wohnungen und Büros wird zahlreiches Propagandamaterial sichergestellt.
6.12.1992	In München protestieren mehr als 400.000 Menschen mit einer 45 Kilometer langen Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.
6.12.1992	Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP einigt sich mit der größten Oppositionspartei SPD über eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz zum Asylrecht . Nach dem neuen Grundgesetzartikel 16a sollen Asylbewerber aus anderen EG-Staaten und sogenannten sicheren Drittländern ohne Gerichtsverfahren zurückgeschickt werden.
10.12.1992	Bundesinnenminister Rudolf Seiters verbietet die rechtsextreme Vereinigung "Deutsche Alternative", deren rund 350 Mitglieder vor allem in Brandenburg leben.
...und 1993 geht es weiter:	
26.5.1993	Mit 521 gegen 132 Stimmen beschließt der Deutsche Bundestag eine Gesetzesänderung zum Asylrecht . Zukünftig sollen Asylbewerber, die über ein Land der Europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen sogenannten sicheren Drittland kommen, zurückgewiesen werden. Dazu zählen neben den EG-Ländern alle an die Bundesrepublik angrenzenden Staaten. Das in der Öffentlichkeit teilweise stark kritisierte Gesetz tritt am 1. Juli 1993 in Kraft.
29.5.1993	Bei einem von rechtsextremen Gewalttätern verübten Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus sterben in Solingen fünf Menschen im Alter zwischen vier und 27 Jahren. Zwei Tage nach dem Anschlag nimmt die Polizei als Tatverdächtigen einen 16-jährigen Schüler fest, der ein Geständnis ablegt und drei weitere Personen im Alter von 16 und 23 Jahren als Mittäter belastet.

Chronologie der Ereignisse 1992/93 auf Grundlage der Jahreschroniken des dt. hist. Museums, <https://www.hdg.de/lemo/jahreschronik/1992>. Die Texte zu den Daten sind wörtliche Zitate aus den Jahreschroniken auf hdg.de.

Braun markiert sind Mordanschläge der Rechtsextremen, **Gelb** Beschlüsse der Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und FDP zum Umgang mit Geflüchteten, **Hellrot** Regierungshandeln gegen Rechtsextremisten und **Türkis** Aktionen der demokratischen Öffentlichkeit. Es sind nur Ereignisse aufgelistet, die in der „Jahreschronik“ erwähnt wurden.